

# stadt.land.links

NR.14|2.Quartal 2019

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos



MEHR DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS WAGEN!

# INHALT



4

JUSO-BUNTE



## SCHWER- PUNKT:

DEMO-  
KRATISCHER  
SOZIALISMUS!



KAPITALISMUS FRISST SEELEN

8

HOW TO SOCIALISM

10

GASTBEITRAG:  
KEVIN KÜHNERT

12

UNSER WAHLKAMPF

14

KRITIKEN

16

NRW JUSOS VS.  
STRUKTURWANDEL

18

UNSER WIR BRAUCHT DICH

20

BERICHT AUS DEM BUNDES-  
VORSTAND

21

BERICHT HOCHSCHULZU-  
KUNFTSGESETZ

22

GASTBEITRAG:  
MIETERINNENBUND

23

ANSTEHENDE  
JUSO-TERMINE

24

GEWINNSPIEL





# LIEBE JUSOS,

**I**ch gebe zu, ich kann das Wort „Erneuerung“ nicht mehr hören. Dieser Begriff prägt für mich wie kein zweiter die weitere Talfahrt der SPD nach der verlorenen Bundestagswahl 2017. Alles sollte besser werden, linker, offener, neuer, jünger und weiblicher. Doch spätestens nach den Europawahlen müssen wir feststellen: Der Erneuerungsprozess seit der letzten Bundestagswahl wurde voll gegen die Wand gefahren.

GenossInnen, die in diesem Jahr für ihre 10-jährige Parteimitgliedschaft geehrt werden, stehen seit Beginn ihrer Mitgliedschaft in einem endlosen Erneuerungsstau. Nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 folgte unter dem damaligen neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und der Generalsekretärin Andrea Nahles der erste Versuch einer Erneuerung. Nachdem sich die Partei mühsam bis zur Bundestagswahl 2013 leicht erholen und wieder Prozente dazugewinnen konnte, war der anschließende Gang in die GroKo der Dolchstoß für die neue Ausrichtung einer linken Volkspartei. Andere Erneuerungsprozesse haben sich angeschlossen. Geeint wurden sie dadurch, dass sie alle erfolglos blieben. Vielleicht ist der Erneuerungsstau der einzige rote Faden der Sozialdemokratie in den letzten Jahren.

Ja, es ist manchmal ein schöner Moment zu sagen: „Ich habe es Euch von Anfang an gesagt. Heute müsst ihr einsehen, dass ich Recht hatte.“ Wir Jusos haben immer gesagt, dass eine Erneuerung in der GroKo nicht möglich ist. Im Anbetracht des niederschmetternden Wahlergebnisses der

Europawahlen und des fatalen weiteren Absturzes der SPD sage ich Euch ganz ehrlich: Ich hätte in diesem Punkt lieber Unrecht! Ich würde mir so sehr wünschen, dass nach unserer Niederlage beim Mitgliedervotum zur GroKo die Parteierneuerung bisher erfolgreich geklappt hätte und wir wesentlich besser bei den Europawahlen abgeschnitten hätten.

Kurzum: Der Begriff „Erneuerung“ ist in den letzten Jahren vielleicht das sozialdemokratische Unwort schlechthin geworden. Keiner nimmt uns mehr ernst, wenn wir die Phrase dreschen. Innerhalb der Partei und erst recht nach außen hin.

Uns helfen keine Kleinkorrekturen mehr. Uns hilft nicht das gefühlte fünfhundertste Papier, indem wir einzelne oder mehrere Punkte zur Kurskorrektur beschließen. Uns helfen keine Personaldiskussionen, welche die über unsere inhaltliche Ausrichtung abbrechen. Wir brauchen einen kompletten Neuanfang. Wir brauchen das Comeback der SPD. Jetzt.

Dieses Comeback kann gelingen. Aber nicht in der Großen Koalition. Denn was bringt uns eine inhaltliche Profilschärfung, was bringt „Rot-Pur“ und ein klarer linker Kurs, wenn wir in den Zwängen der Großen Koalition Dinge mittragen, die sozialdemokratischen Grundwerten elementar entgegenstehen? Wer dafür ein Beweis braucht, wird nicht nur beim „Geordnetes-Rückkehr-Gesetz“, alias „Hau ab-Gesetz“ fündig werden.

Kevin Kühnert hat im Europawahlkampf eine wichtige und visionäre Debatte angestoßen. Und er hat dabei nichts ande-

res gemacht, als die zentrale Frage der Sozialdemokratie zu stellen: Die, in welcher Form des Wirtschaftens unsere Gesellschaft zusammenleben soll. Anstatt mit Schnappatmung diese Diskussion abzuwürgen, wie es führende SozialdemokratInnen gemacht haben, die sich immer noch als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems sehen, wären wir klug beraten gewesen, diese Diskussion in der ganzen Partei aufzugreifen. Denn denken wir zurück: Die letzten Jahre waren vom Thema Migration und Klimaschutz bestimmt – nicht von sozialer Ungerechtigkeit. Und dabei ist gerade der Schutz der Umwelt unmittelbar mit der Debatte um die Schaffung einer Vorstellung einer anderen Welt und eines anderen Wirtschaftssystems verbunden.

Die Partei wäre klug beraten, genau diese Debatte wieder zu führen. Nicht jedeR muss die Position von Kevin Kühnert übernehmen. Aber nur wenn wir uns dieser Diskussion stellen, wird die Sozialdemokratie eine Zukunft haben. Wir gehen mit gutem Beispiel voran: In diesem Heft wollen wir unsere Vision des Wirtschaftens diskutieren. Viel Spaß beim Lesen. Gerne stehen wir für Eure Rückmeldungen zur Verfügung.

*Jessica*

Jessica Rosenthal

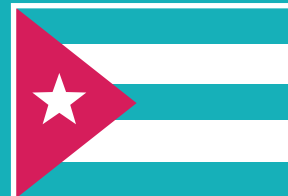
# HOW TO **NOT** DO SOCIALISM eine Anleitung

Du findest die Idee des demokratischen Sozialismus charmant und überlegst, wie du ihn richtig umsetzen kannst? Dann bekommst du hier 4 Beispiele, die zeigen, was du dabei unbedingt vermeiden solltest:



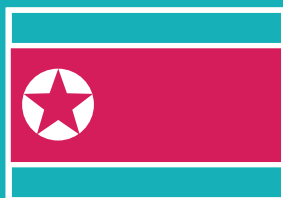
So zu tun, als seien die großen Konzerne in staatlicher Hand, aber eigentlich haben private Manager das Sagen.  
Für ein halbwegs stabiles Durchschnittseinkommen zu sorgen, aber Bürger\*innen im Gegenzug keinerlei politische Mitbestimmung zu gewähren und sie sogar mit Kameras und dem Mitlesen von Nachrichten zu überwachen.  
Regierungskritische Blogger\*innen, Künstler\*innen und Journalist\*innen einzusperren und umzubringen, weil dir ihre Meinung nicht gefällt.

(passiert so in China)



Die Produktion überwiegend in staatlicher Hand belassen, aber die Bevölkerung trotzdem nicht vor Armut bewahren.  
Dir nicht so richtig darüber im Klaren zu sein, ob du nun ein kommunistisches oder sozialistisches Staatsmodell anstrebst und neben einer staatlichen Planwirtschaft auch einen immer größer werdenden Sektor privatwirtschaftlicher Unternehmen entstehen zu lassen, die auch auf Grund unterschiedlicher starker Währungen neue Ungleichheiten produzieren.

(passiert so in Kuba)



Dem Idealtyp des totalitären Staates mit einer Kommandowirtschaft und einem „Gulag“-System, gesäumt von staatlicher Propaganda, so perfekt wie niemand sonst zu entsprechen.  
Den eigenen Bürger\*innen die Ausreise nicht zu ermöglichen.  
Alle Ressourcen in Raketen- und Atomprogramme zu stecken, sodass rund 40% der Bevölkerung humanitäre Hilfe bräuchte, die du aber ohnehin nicht zulässt.

(passiert so in Nordkorea)



Den Staat durch Misswirtschaft (wie die einseitige Konzentration auf eigene Ölressourcen) und korrupte Machenschaften in die schwerste Wirtschaftskrise mit Versorgungsengpässen zu manövrieren. Einen Präsidenten zulassen, dessen Amt nie durch eine demokratische Wahl bestätigt wurde. Dem demokratisch gewählten Parlament eine verfassungsgebende Versammlung überzuordnen, das alles absegnet, was die Regierung will. Nicht zurückzutreten, damit der parlamentarisch eingesetzte Übergangspräsident demokratisch legitimiert werden könnte.

(passiert so in Venezuela)



**Carsten Maschmeyer** @maschmeyer · 2. Mai

Wohnen ist Menschenrecht. Laut #Kühnert darf also keiner Geld mit Immobilien verdienen. Essen ist Menschenrecht. Müssen jetzt alle Restaurants und Supermärkte enteignet werden? @KuehniKev, wie wärs mit einem Nachhilfekurs in Wirtschaft? Bildung ist schließlich auch Menschenrecht.

454 241 1,2 Tsd.



**Kevin Kühnert** @KuehniKev

Antwort an @maschmeyer

Ich weiß nicht, ob ich anderen Leuten Wirtschaftsnachhilfe empfehlen würde, hätte ich vergleichbar viele Schädigungen von Kleinanlegern unternehmerisch zu verantworten, wie das bei Ihnen der Fall ist.

02:02 - 2. Mai 2019



**Kevin Kühnert** @KuehniKev

Folgen

Wie viel #DDR in der #SPD steckt? Keine. Im Gegensatz zu mehreren Mitbewerbern haben wir keine Blockpartei geschluckt und unsere Strukturen selbst aufgebaut.

Uns muss niemand belehren, was autoritärer Staats"sozialismus" bedeutet. Unsere Leute haben es am eigenen Leibe erlebt.



02:43 - 3. Mai 2019



**INSM** @insm · 2. Mai

Der eine will den #Sozialismus zurück, der andere #Steuerentlastungen und #Wachstum. @jusos @kuehnikev @volkspartei @sebastiankurz

### ZUKUNFTSPÄNE JUNGER LEUTE



KEVIN KÜHNERT, 29 J.  
Jüdische Bundesvorsitzender

plant in Deutschland  
das größte  
Sozialismus-Revival  
seit 30 Jahren.



SEBASTIAN KURZ, 32 J.  
österreichischer Bundeskanzler

plant in Österreich  
die größte  
Steuersenkung  
seit Jahrzehnten.

insm.de

223 185 538



**Kevin Kühnert** @KuehniKev

Antwort an @insm @jusos und 2 weitere

War grad in Wien. Größtes politisches Thema dort ist nicht die Steuerpolitik, sondern die immer offeneren rechtsradikalen Umtriebe der FPÖ, mit der Herr Kurz koalitiert - und sein Schweigen dazu.

08:59 - 2. Mai 2019

# TWEET THE TWILIGHT ZONE

HEUTE:



**Kühnert. Marx.  
Sozialistisch.**



**Kevin Kühnert** @KuehniKev

Folgen

Mein Lieblingssatz von @dieternuhr war immer der mit dem „Fresse halten“.



08:28 - 10. Mai 2019



**Christian Jung** @c\_jung77 · 6. Mai

Fühle mich bestätigt, wenn @KuehniKev Unsinn postet und dabei die @fdp erwähnt. Er hat nicht begriffen, dass er seine ideologischen Undurchdachtheiten als Meinung weiterverbreiten darf/soll, weil wir in einer Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft leben. CJ

**Kevin Kühnert** @KuehniKev

Das mantraartige Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft“ bleibt eine Floskel, solange sich bis hin zu @fdp und @insm jeder darauf bezieht. Eine eierlegende Wollmilchsau, die gleichzeitig für und gegen starken Sozialstaat, Vermögensbesteuerung und höhere Löhne sein kann. Lame. ...

30 3 52



**Kevin Kühnert** @KuehniKev

Folgen

Antwort an @c\_jung77 @fdp

Danke Soziale Marktwirtschaft, dass ich twittern darf. 🙏

06:12 - 6. Mai 2019



**Kevin Kühnert** @KuehniKev

Folgen

Also ich war's nicht...



200 Enteignungen für den Straßenbau

Zum Bau von Autobahnen und Bundesstraßen wird in weitaus größerem Stil enteignet als bisher bekannt war. Aktuell laufen insgesamt 200 Verfahren.

m.tagesspiegel.de

23:58 - 14. Mai 2019

# *Kapitalismus frisst Seele*



Eigentlich sollte der Kapitalismus nur ein System sein, dass unsere Wirtschaft strukturiert; so die Erzählung von Konservativen und Liberalen. Bei dem durch Märkte Waren und Dienstleistungen ausgetauscht werden, wo Arbeitskraft, Produzent\*innen und Konsument\*innen zusammenfinden. Eigentlich. Denn fernab der Wirtschaft, wo das kapitalistische System auch schon große Verwerfungen, Ungerechtigkeiten und Ausbeutung hervorbringt, zieht es sich inzwischen durch fast alle Lebensbereiche. Es durchdringt die Gesellschaft und unterwirft Felder der Logik von Wettbewerb und Nutzenmaximierung, die nichts damit zu tun haben müssten und sollten. Im Alltag wird oft vergessen, dass diese Verwertungslogik keine natürliche, unvermeidliche Gegebenheit ist. Wir wollen exemplarisch Bereiche beleuchten, die durch den Kapitalismus stark vereinnahmt werden.

## PERFEKTER LEBENSLAUF STATT SCHÖNES LEBEN

**K**onkurrenz belebt das Geschäft, wie es ja immer so schön heißt. Das nimmt dem Phänomen vielleicht ein wenig den üblen Beigeschmack. Nur, dass Menschen nun mal keine Geschäfte sind, aber unser Leben trotzdem von klein auf darauf ausgerichtet wird, wie wir besser, schneller und interessanter werden können als die anderen. Der Kapitalismus frisst sich in unseren Lebenslauf und Alltag. Und das passiert so geschickt, dass wir es schon gar nicht mehr hinterfragen.

So geht es ja bereits im Kindergarten los, dass manche Eltern sich dazu entscheiden, ihren Kindern chinesisch beibringen zu lassen, weil man in diesem Alter nun mal am besten Sprachen lernen kann. Und wer da nicht mitzieht, muss angeblich Angst haben, dass das eigene Kind irgendwann darunter leiden wird. In der Schule setzen wir Kinder noch mehr unter Druck. Mit G8 sollten wir aus der Schule noch schneller auf den Arbeitsmarkt können und müssen dafür in Kauf nehmen, kaum noch Freizeit zu haben und Zeit sich zu orientieren. Erwachsen werden ist ja auch nicht mal eben so gemacht. Es ist eine Phase, in der man viel ausprobieren und sich selbst kennenlernen. Aber dafür ist keine Zeit, man muss sich ja auf den Arbeitsmarkt vorbereiten! Deswegen stoppen wir die wenige Freizeit auch noch voll mit Klavierunterricht, Sport, Debattierclub und möglichst vielen Hausaufgaben. Und dann wird bei einer Klassenarbeit von der Lehrkraft auch noch verglichen, wer welche Note hat. Die Konkurrenz ist überall und wird in der weiteren Ausbildung nochmals gesteigert. Wenn es zum Beispiel nicht genug Masterplätze für alle Bachelorabsolvierende gibt. Wenn man sich wie in Frankreich als Medizin-Studium nur mit Bestnoten aussuchen kann, welche Fachrichtung man wo gerne machen möchte und andere nehmen müssen, was „übrig“ bleibt. Wenn man nicht mehr in der Lage ist, anderen Erfolge, gute Noten und Lob zu gönnen.

Und die wichtigste Maxime ist natürlich die Produktivität: Hüte dich davor einfach nur auf der faulen Haut zu liegen und dabei nicht mal ein schlechtes Gewissen zu haben! Mach dich messbar in Zahlen, Schritten, Zertifikaten und Stunden, in denen du produktiv warst! Wir verlernen immer mehr, einfach mal Mensch und füreinander da zu sein. Denn auch die Solidarität leidet unter diesem vom Kapitalismus geprägten Verhalten. Wir schauen oft nur noch auf uns selbst und überlegen, wie wir alleine besser, schneller und interessanter werden können. Und das geht einfacher, wenn wir andere nicht mitziehen lassen. Aber so sehr man das alles kritisieren kann, am Ende bleibt für einen persönlich das Gefühl, eh gefangen zu sein und die Sorge in eine finanzielle Existenzkrise zu rutschen, wenn man aus dem System ausbricht. Daher bleibt unsere Maxime: Raus aus dem Kapitalismus!

## DER WOLF IM DIVERSITYPELZ

**D**ie Bekämpfung von Ungleichheiten jeglicher Art, die nach unserem Verständnis vor allem aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit entstehen, verstehen wir als Aufgabe jungsozialistischer Politik. Was aber, wenn für gesellschaftliche Kämpfe auch von denen Raum geschaffen wird, denen es primär um die Vermehrung von Profit geht und die Bekämpfung von Rassismus und Sexismus zum vermeintlichen Ziel des Kapitals wird? Die Grenzen zwischen Raubtierkapitalismus, der einzig eine funktionierende Arbeitskraft kennt und dem Kampf für ein solidarisches und gerechtes Miteinander scheinen zu verschwimmen. Die Frage danach, wer eigentlich aus welchem

Motiv für welche Ziele kämpft, drängt sich zunehmend auf. So steht beispielsweise das Thema „Diversity Management“ stellvertretend für diese Landnahmen. Ein Konzept, das erstmalig im amerikanischen Personalwesen entwickelt und mittlerweile zu einer Art gesellschaftlichem Minimalkonsens der Gerechtigkeitskämpfe geworden ist. Das Konzept geht davon aus, dass die unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Sichtweisen, die Menschen auf Grund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder der sexuellen Orientierung mitbringen, ganz unterschiedliche Perspektiven in Unternehmen einbringen und davon alle (also in erster Linie das Unternehmen) profitieren. Entsprechend der Diversity-Management-Konzepte werden dann etliche Maßnahmen eingeleitet, Vielfalt im Unternehmen (z.B. durch bestimmte Einstellungsverfahren) zu gewährleisten und Toleranz gegenüber Unterschiedlichkeit in der Belegschaft zu fördern. Einerseits mag die Wahrnehmung von Diskriminierung wie Sexismus und Rassismus am Arbeitsplatz durch solche Maßnahmen größer werden – vieles ist dann vielleicht nicht mehr so sagbar. Aber verschleiert Auseinandersetzung mit Rassismus und Sexismus durch die Kapitalist\*innen nicht bloß unsere Kritik an den bestehenden Produktionsverhältnissen und geht dabei gegen Diskriminierung nur sehr oberflächlich vor? Verschwindet die Diskriminierung oder verlagert sie sich einfach nur in schlechter greifbare und marktkonformere Formen, in denen Prozesse im Unternehmen möglichst wenig gestört werden? Die Unterschiedlichkeit von Menschen wird hier also nicht nur instrumentalisiert, sondern auch manifestiert. Persönliche Unterschiede werden auf Merkmale zurückgeführt, überbetont und nicht selten reproduziert à la „wir brauchen Frauen im Team, damit auch Emotionen im Prozess Raum finden“. Anerkennung wird dann vor allem gewährt, wenn es profitabel ist und nicht, weil Menschen das Recht darauf haben, in ihrer Unterschiedlichkeit wertgeschätzt zu werden. Der Kampf um Gleichberechtigung wird hier für unternehmerische Zwecke genutzt und birgt damit die Gefahr, Ungleichheiten und Diskriminierungen, die auf anderen Ebenen sehr wohl noch stattfinden, zu verschleiern. Gerechtigkeitskämpfen wird der Wind aus den Segeln genommen, wenn sich auf die stattgefundenen Maßnahmen berufen werden kann. Natürlich kann diese Vereinbarung auch positive Effekte mit sich bringen, wenn Themen im breiten gesellschaftlichen Diskurs platziert werden oder auch faktisch auf mehr Diversität in Unternehmen erreicht wird. Ein gefährlicher Wolf im Schafspelz innerhalb des kapitalistischen Systems bleiben diese Maßnahmen dennoch.



Greta Maurer (27) hat ihr Studium der Genderstudies in Bielefeld vor kurzem beendet und arbeitet dort im Wahlkreisbüro einer Landtagsabgeordneten. Dem Landesvorstand gehört sie seit 2018 an und ist dort unter anderem in der Feminismusleitlinie und in der Medienbande aktiv. In ihrer Freizeit erlebt Greta alle Hoch- und Tiefphasen der Bielefelder Arminia live auf der Bielefelder Alm mit.



Pauline Schur (26) hat als gebürtige Berlinerin alles richtig gemacht und hat den Absprung nach NRW geschafft. Dort studiert sie gerade im Finale ihres Masters an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität. Sie ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand und dort unter anderem Teil der Medienbande und des Zukunft-Schwerpunkts.



Jonas Reitz (27) kommt gebürtig aus Hamm und studiert in Bochum. Er wurde ebenfalls auf der Lako 2018 in den Landesvorstand gewählt und beschäftigt sich dort mit dem Strukturwandel. Als leidenschaftlicher Schalke-Fan juckt es ihm zwar oftmals unter den Fingernägeln auch den dringend notwendigen Umbruch im Schalcker-Kader nach der letzten Saison zu organisieren, aber wir können beruhigt sein – Jonas zieht seinen Job im Landesvorstand dem der großen Bundesligabühne vor. Noch.



The title 'How to SOCIALISM' is rendered in a hand-drawn style. 'How to' is in a pink script font inside a pink oval, while 'SOCIALISM' is in a large, bold, dark blue sans-serif font. A pink question mark is positioned above the 'ISM' part. Below the title, there are pink brushstrokes, including a large 'Z' shape and a small figure with a speech bubble.

# How to SOCIALISM

## HARTNÄCKIG WIE IMMER: DER KAPITALISMUS

Was ist denn nun eigentlich das Schlimme am Kapitalismus? Kapitalistische Wirtschaft ist darauf angewiesen, immer Profit zu erwirtschaften. Wer mit 100 Euro startet, in Werkzeug und Materialien investiert, soll am Ende mindestens 101 Euro mit den daraus hergestellten Produkten verdienen (Profit=1 Euro). Und das ist jetzt schlimm? Nein, es ist vielmehr die Art, wie dieser Profit oder auch Mehrwert entsteht. Dafür müssen Kosten eingespart werden. Möglichkeiten dazu gibt's: günstigere Materialien oder Werkzeuge (beide zählen zu den Produktionsmitteln) einkaufen, schnellere Produktion, die Endprodukte können teurer verkauft werden oder die Menschen, die die Dinge produziert haben, bekommen weniger Gehalt. Am

größten wird der Profit selbstverständlich, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Aber halt stopp, was passiert denn eigentlich mit diesem ominösen Mehrwert? Dieses Geld bekommt die Person mit den Produktionsmitteln, schließlich hat sie die ja zur Verfügung gestellt. Ähm, aber diese Person (Kapitalist\*in) ist doch nicht die einzige, die an dem ganzen Prozess beteiligt war. Stimmt, aber die Beschäftigten müssen wir an der Stelle ignorieren, die haben doch auch immerhin schon ihren Lohn.

Und wie geht's dann weiter? Der entstandene Mehrwert kann entweder genutzt werden, um neue und bessere Maschinen zu kaufen oder er verschwindet klammheimlich im Geldbeutel der Kapitalistin. Schön und gut, aber was ist denn jetzt wirklich das Problem daran? Ganz ein-

fach: Die Beschäftigten werden ausgebeutet, denn sie produzieren in ihrer Arbeitszeit einen höheren Wert, als sie als Lohn ausgezahlt bekommen und diesen Mehrwert eignet sich die Kapitalistin an, behält ihn also. Was wäre dann stattdessen fair? Gute Frage! Die stellen wir uns bei den Jusos immer wieder. Zum Glück haben wir darauf schon einige gute Antworten in Form von Anträgen.

## VOM ANTRAG ZUR VERÄNDERUNG

Fest steht für uns, dass wir diese Wirtschaftsweise ändern, vielmehr beenden, aufheben, abschaffen und was Neues etablieren möchten. Eine Art des Wirtschaftens, die nicht wie bisher dafür sorgt, dass die Reichen immer reicher werden (denn

sie behalten ja den Profit) und die Armen arm bleiben und ärmer werden. Wenn das Wort „Enteignung“ ausgesprochen wird, folgt Schnappatmung. Huch. Das klingt, als würde jemandem was weggenommen, was die Person aber eigentlich gerne behalten würde. Und genau das kann es sein: Menschen, die Unternehmen, Produktionsmittel und dergleichen besitzen, sind wahrscheinlich meistens ganz zufrieden damit, schließlich können sie dadurch Mehrwert generieren. Gerne geben sie diese Privilegien sicherlich nicht ab. Aber als Partei der Arbeit machen wir ja zum Glück auch vorrangig Politik für die Beschäftigten. Glück gehabt, denn wir könnten doch politisch dafür sorgen, denen das Unternehmen zu übergeben, die darin arbeiten. **Deswegen haben wir schon 2017 festgestellt: „Wenn die soziale Spaltung und die Unterteilung in Arbeitstätige und EigentümerInnen der Produktionsmittel aufgehoben wird, entscheiden wir gemeinsam über alle uns betreffenden Angelegenheiten.“** (Wirtschaftsdemokratie 4.0: Mit der Digitalisierung der Arbeit die Wirtschaft demokratisieren, 2017). Aha, interessanter Punkt. Wird ein Unternehmen enteignet, würde das also bedeuten, dass die Produktionsmittel nicht mehr der Kapitalistin gehören, sondern allen Beschäftigten, die dann gemeinsam und demokratisch entscheiden können, was in ihrem Unternehmen abgeht.

Wir können keine neuen Menschen herbeizaubern, aber wir können politische Rahmen schaffen, damit die Wirtschaft unserem gemeinsamen Interesse dient. Wie das? 2016 haben wir festgestellt, dass Beschäftigte sich zunehmend mit der Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit auseinandersetzen (Den Wandel des Arbeitens bewusst entwickeln, 2016). In Teamarbeit überlegen sie sich, wie sie am schnellsten und effektivsten arbeiten können und bekommen von ihren Chef\*innen keine direkten Anweisungen mehr, sondern nur die Rahmenbedingungen gestellt (zwei Wochen Zeit, Kennziffern, Budgethöhe, Arbeitsraum und -mittel,...). Oft sagen Beschäftigte, dass ihre Vorgesetzten keine Ahnung von ihren Arbeitsabläufen haben und sie selbst viel besser wissen, wie sie ihre Arbeit organisieren können. **Aber die Unternehmen lassen das nicht zu, denn deren erstes Interesse ist die Gewinnmaximierung.** Das klingt jetzt alles wieder total verschwurbelt. Gibt's das in der Realität überhaupt? Klaro, Pflegekräfte beispielsweise: Sie kritisieren, dass die Kataloge, nach denen sie eine bestimmte Zeit für eine Tätigkeit haben, nicht der Praxis entsprechen. Arbeit an und mit ei-

nem Menschen lässt sich nicht in Form von Zeiten einteilen. Außerdem haben wir in diesem Antrag von 2016 festgestellt, dass die Beschäftigten auch andere unternehmerische Tätigkeiten übernehmen: Sie richten ihre Arbeit direkt am Markt aus, also überlegen sich, was profitabel ist. Im Fließband-Zeitalter hat die Fabrikleitung entschieden, wie viele Waren produziert werden sollen, heute entscheiden das zunehmend die Beschäftigten selbst. Hoppla, da haben die aber ziemlich viele Skills gelernt. Und wie werden die genutzt? Naja, da all die Menschen bei kapitalistisch organisierten Unternehmen arbeiten, dienen diese Fähigkeiten dem Unternehmen, denn der Profit bleibt dort. Aber nicht nur! Denn in dieser neuen Kraft der Beschäftigten schlummert auch großes Potenzial: Sie setzen sich aktiver denn je mit dem gesellschaftlichen Sinn ihrer Arbeitstätigkeit auseinander und dazu brauchen sie ihre Vorgesetzten gar nicht mehr. Doch so lange das erste Interesse eines Unternehmens die Gewinnung von Profit ist, werden keine Produkte entwickelt, die gesellschaftlich sinnvoll sind. Äh stopp, was heißt das denn jetzt? In Betrieben, in deren einziges Ziel die Gewinnmaximierung ist, werden Entscheidungen meist nicht nach gesellschaftlich oder ökologisch sinnvollen Gesichtspunkten getroffen. Diese machen den Produktionsprozess nämlich oft schlicht teurer. Bei einem großen Automobilhersteller (Abgasskandal und so) hatten Beschäftigte Ideen für einen Motor, der tatsächlich bedeutend weniger umweltschädliche Stoffe ausstößt. Problem daran: Diesen Motor zu produzieren hätte das Unternehmen viel Geld gekostet. Also weg mit den innovativen Techniken und her mit den gefälschten Werten, schließlich kosten die nix. Wenn doch nur dieses blöde Profitinteresse nicht wäre... Wir halten fest: Demokratisch organisierte Unternehmen sind also nicht nur gerecht, sondern auch wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll.

### **HIP-HIP-HURRA: SOZIALISMUS FÜR ALLE!**

Auf der LaKo 2018 haben wir beschlossen: **„Sozialismus bedeutet für uns als übergeordnete Form das gesellschaftliche Zusammenleben der Freien und Gleichen.“** (Feministischer Kampf und antikapitalistische Analyse, 2018). Das klingt so hübsch und gleichzeitig nach hohler Phrase. Wirklich? Naja, im Grunde ist es nichts anderes, als die

Zusammenfassung von dem, was wir bisher in diesem Artikel, den du grad liest, beschrieben haben: Eine Wirtschaft, ein Leben und ein Miteinander, in dem kein Mensch ausgebeutet oder unterdrückt wird, sondern wir als Gesellschaft gemeinsam entscheiden, was für uns am besten ist.

Kurzfassung: Das gefährliche am Kapitalismus ist der Zwang, immer mehr Profit zu erwirtschaften. Unsere notwendige Alternative lautet deshalb: **demokratisch organisierte Unternehmen, in denen gemeinsam entschieden wird, was und wie produziert wird und was mit dem erwirtschafteten Geld geschieht.** Am Ende doch noch ein Marx-Zitat: **„Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein.“** Unsere wirtschaftliche Stellung bestimmt unsere geistigen Vorstellungen. Deshalb gilt: Wirtschaftssystem aufheben, gesellschaftliche Strukturen dekonstruieren und dann heißt es: Sozialismus und Gesellschaft – los geht's!



Anna Luise Dieren (26) ist seit 2015 Mitglied des Landesvorstandes und zählt damit zu den Dienstältesten. Im Landesvorstand arbeitet sie vor allem im Zukunfts-Schwerpunkt und in der Sozialismus-Netzstelle mit, zudem leitet sie gerne die Neumitgliederseminare. Neben ihrem Ehrenamt studiert die Theater-Liebhäberin in Frankfurt am Main.



Shari Kowalewski (25) kommt gebürtig aus Lüdenscheid, studiert in Bochum und arbeitet als Teamerin für eine Gewerkschaftsjugend. Auch aufgrund ihres eigenen kommunalpolitischen Engagements kümmert sie sich im Landesvorstand, dem sie ebenfalls seit 2015 angehört, um ebendieses Thema.



**SOLIDARITÄT**  
STATT

**SELBSTOPTIMIERUNG**

# GASTBEITRAG



Kevin Kühnert (29) wurde auf dem Bundeskongress 2017 in Dresden zum Juso-Vorsitzenden gewählt. Zuvor war er bereits Vorsitzender der Berliner-Jusos und zwei Jahre stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender.

**W**arum schließen in unserer politischen Bewegung eigentlich so viele ihre E-Mails mit der Formel „solidarische Grüße“? Sie tun das nicht, weil die Einladung zum nächsten Plenum oder der Cloud-Link zu den Fotos vom Sommerfest eine Extraportion Solidarität nötig hätten. Sie tun das vielmehr, weil sie sich der gegenseitigen Solidarität versichern wollen. Solidarität als Versicherung, als Grundwert. Solidarität als etwas, worauf man sich verlassen kann. Aber was ist die Rolle der Solidarität im Sozialismus? Die Solidarität unterscheidet sich von den Grundwerten der Freiheit und Gleichheit, indem sie kein Ideal beschreibt, sondern eher ein Handlungsprinzip. Die Notwendigkeit solidarischen Handelns erinnert uns an die Unvollkommenheit einer jeden Gesellschaft – auch einer, die den Anspruch erhebt sozialistisch zu sein. Denn weder ist der vollkommene Mensch erziehbar, noch wäre er erstrebenswert. Und so haben wir uns abzufinden mit der Tatsache, dass wir den Unwägbarkeiten und Ungerechtigkeiten unseres Alltags fortwährend solidarisch entgegenwirken müssen, um sie in maximaler Freiheit und Gleichheit auflösen zu können.

Der (jung)sozialistische Ansatz, unserer Gesellschaft gerechter zu machen, geht nicht vom Prinzip der Selbstoptimierung aus. Denn die Annahme, wenn jede und jeder sich nur ordentlich anstrengt und nach gemeinsamen Wertvorstellungen lebt, dann würde sich automatisch zum Guten wenden, geht nicht auf. Selbstoptimierung ist streng genommen ein zutiefst neoliberale, weil unsolidarisches Prinzip. Es delegiert die Verantwortung an den einzelnen Menschen, negiert systemische Ursachen und spricht die Gesellschaft schlussendlich davon frei, sich kollektiv um Lösungen zu bemühen.

Nirgendwo wird dieser Irrweg offensichtlicher, als in der Klimaschutzpolitik. Die dort häufig um sich greifende Verzichtsethik unterstellt fälschlicherweise, dass alle Menschen über gleiche oder zumindest ähnliche Möglichkeiten verfügen, ihren Beitrag zum Schutz unserer natürli-

chen Lebensgrundlagen zu leisten. Das ist ausgemachter Blödsinn.

Wer ein geringes Einkommen bezieht und Dinge des täglichen Bedarfs einkauft, der oder die wird sich Bio, Fairtrade und vieles andere oftmals nicht leisten können. Nicht aus Gleichgültigkeit, sondern weil die ökonomischen Verhältnisse es nicht hergeben. Und wer im ländlichen Raum wohnt und den Weg zur Schule, zur Uni oder zum Betrieb mit dem Auto bewältigt, hat in der Regel nicht etwa zu wenige Terra X-Dokumentationen über Treibhausgasen gesehen, sondern schlicht und ergreifend ein Problem damit, dass der einzige Bus im Ort nur zweimal am Tag fährt. Es sind Beispiele für die vielen Momente in unserem Alltag, in denen der Wille an der Wirklichkeit scheitert.

Eine sozialistische Antwort auf gesellschaftliche Missstände muss also immer eine gesellschaftsoptimierende sein, keine selbstoptimierende. Weil nur die Optimierung der Verhältnisse berücksichtigt, dass wir zwar in derselben Realität leben, sie uns aber ganz unterschiedliche Freiheiten gewährt. Diese Erkenntnis ist, konsequent zu Ende gedacht, vor allem eines: Sie ist grundsolidarisch und dazu geeignet, die Lasten von Transformationsprozessen gerecht zu teilen. Starke Schultern tragen dabei mehr als schwächere.

Ein anderes Beispiel für die Kraft solidarischer Politik offenbart sich im Rahmen der Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen. Ich verstehe, dass das bedingungslose Versprechen eines erheblichen monatlichen Geldbetrages von vielen intuitiv als Verheißung, gar als Freiheit verstanden wird. Aber stimmt das wirklich?

Die meisten mir bekannten Grundeinkommensmodelle wollen den Sozialstaat, wie wir ihn kennen, durch eine pauschale Geldleistung ersetzen. Sie gehen dabei von gesunden, glücklichen, mitten im Leben stehenden Menschen aus, die durch das Grundeinkommen an Unabhängigkeit gewinnen. Doch sie ignorieren, dass der Alltag für viele Menschen weniger verheißungsvoll ist.

Krankheit, ungleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land, steigende Lebenshaltungskosten und viele Faktoren mehr sind Gründe, weshalb die organisierte Solidarität des Sozialstaates bei aller Unvollkommenheit das Beste bleibt, was unserer Gesellschaft bisher zur Beantwortung zentraler Gerechtigkeitsfragen eingefallen ist. Wer sonst sollte jährliche Kosten von bis zu 200 000 Euro für eine Krebstherapie tragen, wenn nicht die Solidargemeinschaft? Wie sonst sollen Kinder und Jugendliche nach dem Tod ihrer Eltern wirtschaftlich aufgefangen werden, wenn nicht über eine Waisenrente?

Das alles sind Beispiele für gelebte Solidarität. Sie alleine ergeben noch keinen Sozialismus, aber ohne die Anerkennung der Verletzlichkeit jedes einzelnen Menschen ist Sozialismus nicht vorstellbar. Solidarität gehört zur Software einer jeden sozialistischen Utopie.

Und: Solidarität ist ein kollektiver Akt. Sie unterscheidet sich dahingehend von Barmherzigkeit und Mildtätigkeit, dass nicht etwa ein einzelner Mensch aus sentimentalischen Erwägungen heraus menschlich handelt. Sie ist vielmehr ein Prinzip, das die Gemeinschaft von jeder und jedem erwartet, weil jede und jeder im Gegenzug das Recht hat, sich selbst darauf zu berufen. Eine Versicherung im besten Wortsinn, die wir gemeinsam abschließen.

Oder um es angelehnt an die Kampagne der NRWJusos zu sagen: Unser Wir braucht Dich, weil es ohne Dich auch kein Wir gibt, auf das Du dich verlassen kannst. Und auf einem derartigen Russisch Roulette kann nicht zuletzt auch keine gerechte Gesellschaft aufgebaut werden.

Mit solidarischen Grüßen

Kevin



## IHR HABT MIT UNS FÜR EUROPA GEKÄMPFT – WIR SAGEN DANKE!

Ihr habt mit uns gekämpft, bis zum Umfallen. Ob auf der Straße, im Netz, auf den Kneipentouren, vor den Unis oder Schulen und ganz klassisch auf der Straße – überall haben Jusos für ein offenes, nachhaltiges, junges und gerechtes Europa Wahlkampf gemacht.

In diesem Wahlkampf waren wir das erste Mal mit zwei Bullis unterwegs. Ganze 12.166 Kilometer haben sie in den vier heißen Wahlkampfwochen zurückgelegt. Egal wo sie gehalten haben, auf eines konnten sich unsere BullifahrerInnen immer verlassen: Auf Jusos, die Bock hatten und in Wahlkampfplaune waren – trotz eher bescheidener Umfrageergebnisse.

Ein ganz besonderer Dank gilt auch unseren jungen NRW-Kandidierenden Sally Lisa Starken, Micha Heitkamp, Sarah Weiser und Ingo Wagner.

Ihr habt mit Eurem Wahlkampf gezeigt, wie ein modernes und junges Auftreten der SPD guttun kann. Wir freuen uns zudem, dass mit Delara Burkhardt und Tiemo Wölken nun gleich zwei Jusos die Interessen der jungen Generation für die SPD im Europäischen Parlament vertreten können. Auch in Euch ruht nun unsere Hoffnung für ein besseres Europa von morgen!

Vielen  
Dank an  
Euch!





# BUCHKRITIK PLATTENKRITIKEN

## MARTINA FRENZEL, STEPHAN SIEMENS - DAS UNTERNEHMERISCHE WIR



Tada, keine Belletristik, sondern ein durch und durch politisches Buch. Thematisch ist es nicht weit von Karl Marx entfernt, aber es hat nicht mal ansatzweise so viele Seiten wie „Das Kapital“. Und dennoch haben beide Bücher was gemeinsam: Sie analysieren den Kapitalismus. Marx vor fast 200 Jahren, Martina Frenzel und Stephan Siemens nehmen den Kapitalismus des 20. und 21. Jahrhunderts ganz genau unter die Lupe. Und was sie da analysieren ist hoch interessant für uns Jusos. Fall du bis jetzt noch nicht den Sozialismus-Artikel in diesem Verbandsmagazin gelesen hast, solltest du das nun nachholen. Denn praktischerweise gehen Artikel und Buch in die gleiche Richtung. Frenzel und Siemens erklären in ihrem Buch sehr anschaulich, wie sich die Arbeitsweise und -organisation in den vergangenen Jahren gewandelt hat: Beschäftigte arbeiten zunehmend in Teams zusammen, übernehmen unternehmerische Fähigkeiten, werden dadurch enorm produktiv und – das zählt im Kapitalismus – sie erwirtschaften enorm viel Profit. Das Spannende an der Analyse ist nun, dass Frenzel und Siemens sagen, dass wir diese neue produktive Kraft der Beschäftigten nutzen können für unsere sozialistische Politik. Und wie? Naja, das verrate ich jetzt nicht komplett, sonst liest du das Buch nicht mehr. Nur so viel: Dadurch, dass die Beschäftigten ihre Arbeit quasi allein organisieren, sind ihre Chef\*innen gar nicht mehr so wichtig, denn diese geben nur noch indirekte Anweisungen. Sind sie dann überhaupt noch nötig? Können wir dann nicht vielleicht sogar ohne Chef\*innen produzieren? Im besagten Sozialismus-Artikel ist es auch schon ange teasert: Wir haben dazu schon Beschlüsse. Trotzdem lohnt es sich, das Buch zu lesen, es bereitet viele Aha-Momente und ermöglicht, eine Vision einer Wirtschaft zu entwickeln, die uns als Gesellschaft nutzt.



Anna Luise Dieren (26) ist seit 2015 Mitglied des Landesvorstandes und zählt damit zu den Dienstältesten. Im Landesvorstand arbeitet sie vor allem im Zukunfts-Schwerpunkt und in der Sozialismus-Netzstelle mit, zudem leitet sie gerne die Neumitgliederseminare. Neben ihrem Ehrenamt studiert die Theater-Liebhaberin in Frankfurt am Main.

## CHRISTIAN LÖFFLER - GRAAL



Graal ist nicht nur ein beschauliches Örtchen mit wenigen tausend Menschen vor den Toren Rostocks, es ist auch das Zuhause von Christian Löffler und der Titel seiner neusten Platte Graal (Prologue). Wie es der Name schon vermuten lässt, wird diese Mini-LP des Electronica-Künstlers nur das Präludium zu einem Album, das am Ende des Jahres erscheinen soll. In Graal brillieren Löfflers Fähigkeiten, visuelle und akustische Eindrücke in ein waberndes Klangkostüm zu fassen. Aus einzelnen Audioskizzen, die er auf Tour mit Laptop und Synthesizer gebaut hatte, in unzähligen Stunden auf langen Busfahrten oder in Hotels, entstand ein stimmiges Gesamtwerk, mit dem er technisch ein Stück weit zu seinen Wurzeln zurückkehrt. Und dass, obwohl er nach den kräftezehrenden Touren lange in einer Schaffenskrise steckte. Er überwand diese, indem er sich vollständig einer seiner weiteren künstlerischen Leidenschaften, dem Malen, zuwandte und es schaffte, sich den Kopf frei zu machen. So kommen Cover und Innenleben seiner Platten stets von ihm. Den Tracks Refu und Bird hört man die Inspiration an, die sich Christian Löffler für sein musikalisches Schaffen in Sessions unter freiem Himmel in der ungestörten Natur holt. Für Like Water, das bereits vor dem Release als Singleauskopplung erschien, hatte er altbekannte Unterstützung von Mohna, ähnlich melancholisch kommt Running daher, für das die Dänin Josephine Philip die Vocals lieferte. Wer Christian Löffler einmal live erlebt hat, kann nachvollziehen, wie sehr man sich in seiner Musik verlieren kann. Auch bei Graal erwische ich mich dabei immer wieder. Es macht große Vorfreude auf mehr!



Yannik Scherf (23) ist im Unterbezirk Essen beheimatet und im Sprecher\*innenkreis der Juso-Hochschulgruppen NRW aktiv. Neben seinem Studium der Politikwissenschaften arbeitet er für einen Europaabgeordneten.

# PODCASTKRITIK BUCHKRITIK

## NATASCHA WEGELIN - MADAME MONEYPENNY



Erwachsen werden hat ja so seine Tücken. Eine richtig nervige Sache sind und bleiben die finanziellen Fragen: Aktien, Depot, Steuererklärung, Altersvorsorge – wem kringeln sich da nicht die Zehnägel? Und gerade Frauen tun sich immer noch schwer damit und überlassen – Achtung, Klischee! – einem Mann (wahlweise Vater oder Freund) die Organisation von diesem Zeug. Das wollte sich Natascha Wegelin nicht weiter gefallen lassen, die bei ihrer eigenen Recherche zu diesen Themen nur auf Männer gestoßen ist, die das irgendwie eben männlich erklären. Also hat sie beschlossen selbst einen Podcast (und auch Blog und Bücher) von Frau zu Frau zu machen. Und ich dachte mir so, geil! Einfach nebenbei sich erklären lassen, wie der langweilige und gefühlt komplizierte Kram ganz einfach von der Hand geht. An sich ist das auch weiterhin eine tolle Idee, aber leider ist das alles ziemlich kapitalistisch. Und als dann Sprüche kamen, wie nachhaltige Investitionen bringen kein Geld, man sollte das lieber aufteilen und die eine Hälfte in Depots mit Waffen, Pharmaindustrie und Atomkraft stecken. Oder die Verwunderung darüber, warum nicht alle Menschen selbstständig sind, Produkte entwerfen, diese automatisieren und sich dann auf den nächsten Markt stürzen, sondern lieber in Angestelltenverhältnissen sind. Da war für mich klar, das ist kein Podcast für mich. Aber nun stelle ich mir die unangenehmen Fragen – geht es vielleicht nicht anders in unserer kapitalistischen Finanzwelt? Und müssen Frauen einfach nur alles den Männern nachmachen? Es muss doch anders gehen! Also – wer von euch macht einen neuen, coolen Podcast dieser Art?



Pauline Schur (26) hat als gebürtige Berlinerin alles richtig gemacht und hat den Absprung nach NRW geschafft. Dort studiert sie gerade im Finale ihres Masters an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität. Sie ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand und dort unter anderem Teil der Medienbande und des Zukunft-Schwerpunkts.

## SOPHIE PASSMANN - ALTE WEISSE MÄNNER



Es gibt Totschlag-Argumente gegen dieses Buch, die seine Grundidee betreffen. Eins davon lautet: Ein Buch kann nicht feministisch sein, – was hier der Anspruch ist – das über gut 280 Seiten privilegierten Männern eine Plattform bietet. Folgt man diesen Argumenten, lässt man das Buch in der Tat besser gleich liegen.

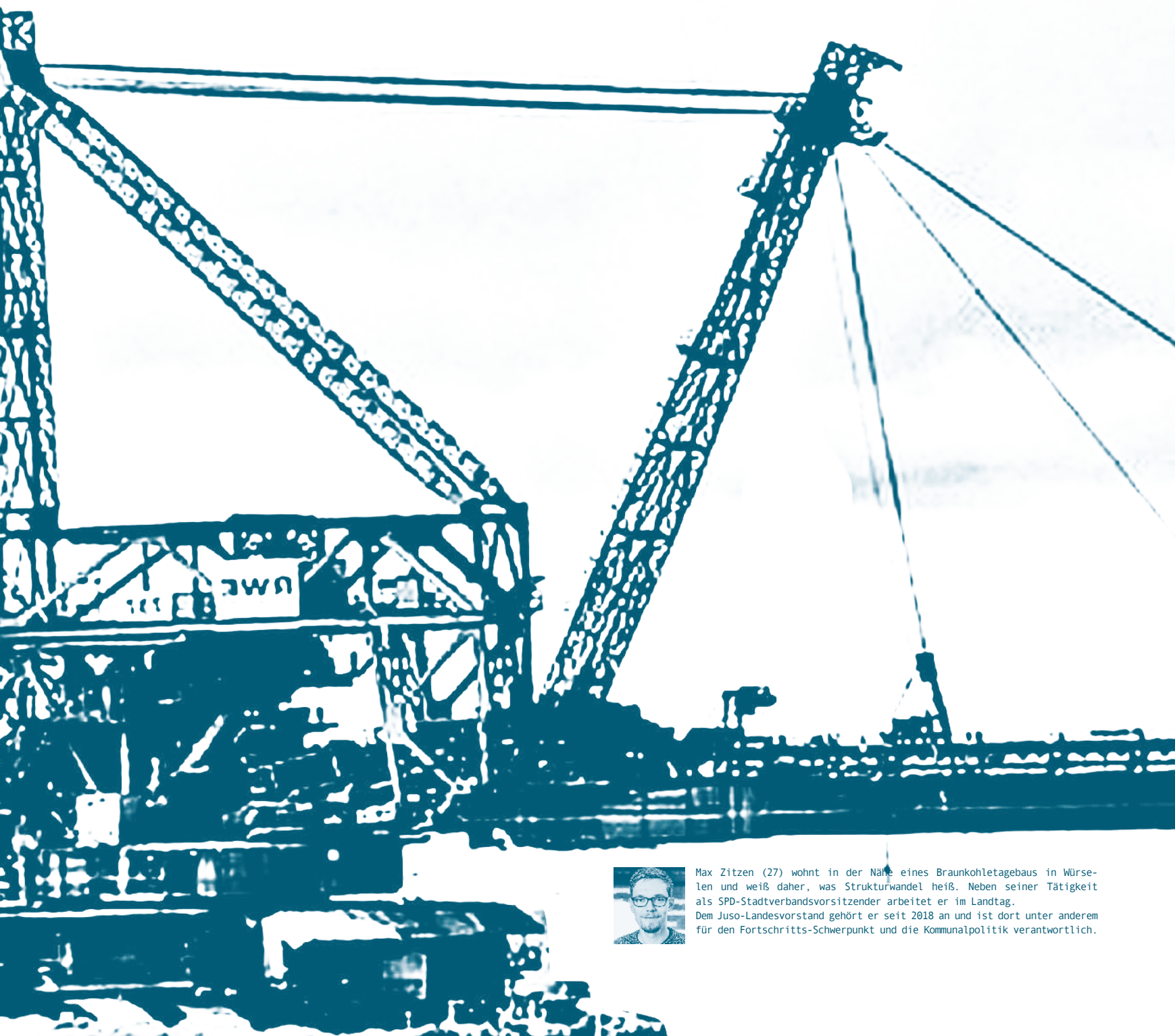
Diese Rezension hingegen kauft spaßeshalber die Grundidee, um im Ergebnis die Lektüre dennoch nicht wirklich empfehlen zu können. Denn wie hat Sophie Passmann das Ganze umgesetzt? Jedes Kapitel ist der Bericht eines Treffens zwischen ihr und einem 'prominenten' Mann. Das Thema dieser Treffen ist stets gleich: Was ist ein alter, weißer Mann? Die Einstiegsfrage auch: „Sind Sie einer?“ Und da die Antwort darauf auch meistens gleich ist, lässt sich ein gutes Trinkspiel daraus basteln. Wann immer jemand die Kategorien ‚Mann‘ und ‚weiß‘ akzeptiert, nicht aber die Kategorie ‚alt‘ – Prost!

Die Treffen selbst sind nach dem Anfangsritual mal interessant, bisweilen aber auch unerträglich, weil da Typen einfach ihren frauenfeindlichen Shit rausbauen dürfen. Klar, Passmann kommentiert die Aussagen zwar im Nachhinein und entlarvt einige gängige Anti-Feminismus-Bullshit-Argumente und diese herausgehobene Sprecherinnen-Position kann auch als feministische Ermächtigung verstanden werden. Aber ein Feminismus, der weh täte, kommentierte nicht danach, sondern würde die Aussagen schon im Gespräch als das markieren, was sie sind. Das ist brutal schwer und auch wir Jusos schaffen das nicht immer, aber für diese Erkenntnis braucht es die Lektüre von „Alte weiße Männer“ nicht.



Konstantin Achinger (24) war Sprecher der Jusos Münster, bevor er 2018 in den Landesvorstand gewählt wurde. Der Fan popmusikalischer Klänge widmet sich dort vor allem dem Schwerpunkt Zukunft und der Bildungsarbeit.

# DIE KOHLE GEHT, WAS KOMMT DANACH?



Max Zitzen (27) wohnt in der Nähe eines Braunkohletagebaus in Würselen und weiß daher, was Strukturwandel heißt. Neben seiner Tätigkeit als SPD-Stadtverbandsvorsitzender arbeitet er im Landtag. Dem Juso-Landesvorstand gehört er seit 2018 an und ist dort unter anderem für den Fortschritts-Schwerpunkt und die Kommunalpolitik verantwortlich.



Was wurde um einen Kompromiss in der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB) bis Anfang Februar gerungen. Schlaflose Nächte, endlose Grundsatzdiskussionen und am Ende ein Kompromiss, der für die einen zu weit geht und für die anderen zu mutlos erscheint. Um eines vorweg zu nehmen: Der Abschlussbericht wirkt nicht spektakulär. Aber er ist das Beste, was uns passieren konnte!

Klar, der Ausstieg könnte früher kommen, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen. Wenn es hilft, unseren Planeten zu retten, würde ich lieber heute aussteigen als morgen. Doch der Ausstieg muss sozialverträglich sein. Zehntausend RWE-Beschäftigte dürfen wir als Gesellschaft nicht hängenlassen, weil wir es dann doch mal ernst meinen mit dem Klimaschutz. Aber es geht nicht nur um ein paar Tausend Arbeitsplätze (plus Sekundärkette). Es geht um nicht weniger als um unsere Zukunft als Industriestandort.

## VORBILD FÜR DEN REST DER WELT

Um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen, benötigen wir global noch sehr viel mehr Anstrengungen. Mindestens ganz Europa schaut deshalb gerade auf Deutschland und insbesondere auf die Kohlereviere in NRW und in der Lausitz. Wir haben deshalb eine enorm hohe Verantwortung, nämlich zu zeigen, dass ein sozialverträglicher Kohleausstieg möglich ist. Mehr noch: Wir können beweisen, dass ein Industrieland auch CO<sub>2</sub>-neutral erfolgreich sein kann und gleich-

zeitig gut bezahlte Arbeitsplätze erhalten bleiben bzw. neu entstehen.

Die Kunst wird sein, Arbeitsplätze und Klimaschutz unter einen Hut zu bekommen. Im öffentlichen Diskurs der vergangenen Monate hat man den Eindruck bekommen, wir könnten nur eines haben: Arbeitsplätze oder Klimaschutz. Als gäbe es einen Widerspruch zwischen beidem. Dass Arbeit und Ökologie nur zusammen denkbar sind, könnte und sollte die SPD zu ihrem Thema machen. Auch wenn wir im Moment ein bisschen zwischen allen Stühlen sitzen: Das wird sich ändern!

## DER MARKT WIRD'S SCHON NICHT REGELN

In den vergangenen Wochen konnten wir leider wieder beobachten, wie Politiker\*innen der Union den Kohlekompromiss zerschießen wollen indem sie zum Beispiel die finanzielle Unterstützung für die Kommunen in den Kohlereviere infrage stellen. Das folgt letztendlich einer Logik, die man so auch ganz offen von Unionspolitiker\*innen hören konnte, nämlich dass der Staat sich mehr oder weniger raushalten solle, weil der Markt es schon regeln werde. Abgesehen davon, dass der Markt uns schon des Öfteren im Stich gelassen hat, brauchen wir beim Strukturwandel dringend einen starken Staat, der Investitionen anschiebt damit neue, innovative Arbeitsplätze in der Region entstehen können. In diesem Prozess müssen wir definieren, was der Staat fördern soll und welche Branchen sich dort ansiedeln sollen. Denn nur mit einem staatlichen Eingriff in den Markt können wir garantieren, dass wirklich gute Arbeit entsteht.

## WAS WIR JUSOS MACHEN

Wir NRWJusos haben uns seit der letzten LaKo ziemlich intensiv mit dem Kohleausstieg und dem Strukturwandel beschäftigt. Wir waren im Hambacher Forst und im Hambacher Tagebau und haben sowohl mit Klima-Aktivist\*innen als auch mit RWE diskutiert. Wir haben den Strukturwandel Anfang August auf einer Abendveranstaltung in den Fokus genommen. Mit Stefan Körzell, der für den DGB in der WSB-Kommission saß, Mathias Dürrbaum, dem RWE-Betriebsratsvorsitzenden im Tagebau Hambach, und Nadine Leonhard, Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat der Stadt Eschweiler, hatten wir ein Podium, das den Strukturwandel aus ganz unterschiedlichen Sichtweisen betrachten konnte. Und schließlich haben wir eine Exkursion ins Forschungszentrum Jülich unternommen und uns dort den Forschungsstand zur Umwelt und Energie ansehen können. Dabei ist klar geworden, dass das Rheinische Revier mit seinen Universitäten und Forschungseinrichtungen in unmittelbarer Umgebung einen enormen Vorteil hat, den wir unbedingt nutzen müssen. Darüber hinaus beschäftigen wir uns in diesem Jahr noch bei einem Forum und einem Verbandswochenende mit dem Strukturwandel. Ihr dürft also gespannt sein!



UNSER  
WIR



BRAUCHT  
DICH

*Die Solidaritätskampagne  
der NRW Jusos geht weiter*



Wir NRW Jusos haben uns auf der letzten Landeskonferenz in Oberhausen ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen uns auf den Weg machen und zusammen mit anderen die tiefen Gräben, die mittlerweile unsere Gesellschaft prägen und die nach und nach die Demokratie von innen heraus zerfasern, schließen. Unser Werkzeug um auf diesem Weg erfolgreich zu sein heißt: Solidarität.

Ein vielfach strapazierter und auch ein wenig ausgelutschter Begriff, dem wir wieder Leben einhauchen wollen. Das wir damit wohl zunächst vor der eigenen Haustür – meint in unserer Mutterpartei – beginnen müssen, hat uns die letzte Zeit wieder deutlich vor Augen geführt. Die Umstände des Rücktritts von Andrea Nahles als Partei- und Fraktionsvorsitzende waren eben offenkundig kein Beispiel für gelebte Solidarität. Wenn wir selbst öffentlich übereinander herfallen, wird uns niemand abnehmen, dass wir doch eigentlich an der Seite jener stehen wollen, die unsere Solidarität, unsere Hilfe am nötigsten haben.

Dazu gehören auch Geflüchtete, die erneut durch eine weitere Verschärfung des Asylrechts durch die Große Koalition, weiter entrechtet wurden. Das kann und darf nicht die Politik einer sozialen Partei sein. Wir werden daher weiterhin unsere Stimme laut erheben und dafür kämpfen, dass eine SPD-Bundestagsfraktion Seehofers perfide Abschiebefantasien nicht länger mitträgt, sondern für eine menschenwürdige Politik einsteht.

Nein, es muss wieder zu einem natürlichen Reflex für jede und jeden mit SPD-Partei-buch in der Tasche werden, nicht wegzuschauen, wenn Menschen an den Rand, nach unten oder in die Entrechtung gedrückt werden. KeinE ObdachloseR, keinE GeflüchteteR darf uns gleichgültig sein, sondern muss Antrieb für uns sein, eine sozialere Welt zu schaffen. Jeder politischer Schritt, den wir gehen, muss sichtbar machen, dass die SPD nicht zulässt, dass die Ungleichheit weiter existiert. Wir wollen unseren Teil als Jusos mit der Kampagne „Unser Wir braucht Dich“ beitragen.

### Was bisher geschah?

Im März haben wir unsere Kampagne bei unserem Verbandswochenende in Duisburg gestartet. Mit einem geilen Video, für das wir über die Grenze des Verbandes hinaus viel Anerkennung bekommen haben. Aber vor allem mit einem ersten

Baustein, der zentral für die genannten Ziele ist: Der Reform des Sozialstaats. Viele Jusos haben sich bei unserem Forum und Verbandswochenende beteiligt und wir werden das Ergebnis der Arbeit in Form eines starken Antrags auf dem Landesausschuss am 14. Juli präsentieren.

Auch in der Europawahlkampagne war von „unserem Wir“ die Rede. Viele von Euch haben Postkarten oder Flyer in der Hand gehalten und unter die Leute gebracht. Aber leider haben auch unsere drei zentralen Botschaften das Wahlergebnis nicht ändern können. Wir haben eine satte Niederlage eingefahren und dringen derzeit insbesondere bei jungen



Menschen als SPD nicht durch.

Mit 9% bei den unter 30jährigen müssen wir uns nichts vormachen: Viele junge Menschen wissen nicht mehr, wofür die SPD außerhalb einer Großen Koalition eigentlich steht und wir schaffen es als Partei nicht mehr dauerhaft den Anschluss an Bewegungen auf der Straße zu finden – ob es um Uploadfilter oder um Fridays for future geht. Es wird an vielen Stellen immer wieder deutlich, dass es der SPD nicht gelingt eine glaubwürdige Politik mit klarer Haltung zu machen und dabei im Dialog auch und gerade mit jungen Menschen zu sein.

### Wie geht es weiter?

Wir wollen genau das mit unserer Kampagne tun – im Dialog sein. Einerseits um junge Menschen von unseren Ideen auch außerhalb von Wahlkampfzeiten zu überzeugen, andererseits um zuzuhören.

Denn Solidarität kann nur dort entstehen, wo sich Menschen begegnen. Auch in der wohlverdienten Sommerpause wird von unserer Kampagne zu hören sein. Wir werden in der Sommerpause einige Jugendausbildungsververtretungen besuchen, um genau das zu tun. Im Herbst wird daraus dann eine ganze Tour, bei der sich die Unterbezirke und Kreisverbände anschließen sollen. Auch wenn in dem Bereich schon vor Ort viele gute Arbeit gemacht wurde, der direkte Kontakt zu den Azubis und den Arbeitenden vor der Haustür ist immens wichtig, wenn wir es ernst meinen, mit einem Comeback der Sozialdemokratie.

Was wir wissen: Nächstes Jahr findet die Kommunalwahl in NRW statt und vielen Genoss\*innen schlottern beim Blick auf die Umfragewerte völlig zurecht die Knie. Den Aufschlag, um uns für diese Wahl vorzubereiten, haben wir bereits beim Kommunalcamp Ende Juni gemacht. Für uns ist klar: Solidarität fängt vor der Haustür an und wenn wir es schaffen, wieder aufzuzeigen, dass wir die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten nicht alleine lassen, dann wird sich das auch in Wahlergebnissen niederschlagen. Dazu müssen wir aber in allen Bereichen der Städte und Gemeinden vor Ort sein – auch die, die unter dem entfesselten Kapitalismus zu leiden haben. Wir müssen mit den Vereinen und Initiativen, die in den Quartieren sind und alles dafür tun, damit diese Gesellschaft nicht komplett auseinanderfällt, ins Gespräch kommen und auch hier herausfinden, wie und wo wir politisch wieder aufbauen können.

Zwischen uns und die zahlreichen guten Menschen, die sich Tag für Tag den Arsch aufreißen um dem in diesem Jahr viel gelobten Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ so etwas wie Realität verleihen, darf kein verdammt Blatt passen. Das alles bleibt keine einfache Aufgabe und wird nicht mit der Kommunalwahl abgeschlossen sein, sondern bleibt eine Daueraufgabe, will die SPD nochmal politische Visionen jenseits von Flickschusterei wagen und nicht nur Betriebsrat der Unionsparteien spielen.

Dafür braucht es aber alle in diesem Verband. „Unser Wir braucht Dich“ ist also auch ganz eindeutig an jedeN gerichtet, der oder die diesen Text liest. Wir sind überzeugt, dass diese Welt eine starke linke Partei braucht, die wir aber nur zusammen bauen können.

(Fotos: Julia Meya)

# BERICHT AUS DEM BUNDES-VORSTAND

M

Mit zwei Bullis in NRW und 19 weiteren Bullis im ganzen Bundesgebiet waren wir in den sechs Wochen vor der Europawahl jeden Tag unterwegs. Unzählige Flyer, unzählige Traubenzucker, Lutscher, Kondome und Kugelschreiber verteilten wir.

Wir haben alles gegeben, uns jeder Diskussion gestellt, kein Podium gescheut, uns die Abende beim Plakatieren und im Kneipenwahlkampf um die Ohren geschlagen und standen am nächsten Morgen bei der nächsten Frühverteilung wieder auf der Straße.

Gleichzeitig passierte an andere Stelle: Die Zustimmung zur Urheberrechtsreform incl. Artikel 13 mit den daraus folgenden Uploadfiltern, eine Spitzenkandidatin, die gleichzeitig Ministerin blieb und damit den Koalitionskompromiss auch im Wahlkampf verkörperte, die wiederkehrenden Angriffe auf Andrea Nahles von allen Seiten, der Kabinettsbeschluss des Geordnete-Rückkehr-Gesetzes während des Wahlkampfes. Zugegeben, die Ausgangsbedingungen waren alles andere als optimal.

Trotz allem waren die Wahlergebnisse niederschmetternd, insbesondere bei den unter 30-Jährigen. Nur noch 10 Prozent von ihnen gaben

der SPD ihre Stimme. Diejenigen also, die der Jusso-Wahlkampf zu allererst erreichen sollte, haben mehrheitlich die Grünen gewählt. Unter den Erstwähler\*innen sah das Ergebnis noch eindeutiger aus: Die Grünen schnitten dort mit 36 Prozent noch besser und die SPD mit 7 Prozent noch deutlich schlechter ab.

Es waren aber nicht die strategischen Fehleinschätzungen und kommunikativen Fehler, die der SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis auf Bundesebene bescherten. Die Grundlage war ihre inhaltliche Beliebigkeit und politische Richtungslosigkeit. Seit Jahren befindet sich die SPD in einem immer wieder angekündigten und selten auch nur halbherzig durchgeführten Erneuerungsprozess.

**SEIT JAHREN  
BEFINDET SICH DIE  
SPD IN EINEM IM-  
MER WIEDER AN-  
GEKÜNDIGTEN  
UND SELTEN AUCH  
NUR HALBHERZIG  
DURCHGEFÜHRTEN  
ERNEUERUNGS-  
PROZESS.**

Laut einer Umfrage trauen nur noch 2% der Menschen der SPD zu, die besten Antworten auf Zukunftsfragen zu haben. Dabei ist es gerade die Sozialdemokratie (gewesen), deren politisches Programm die Beantwortung der Fragen unserer Zeit und die Gestaltung unserer gesellschaftlichen Zukunft ist.

Die Schüler\*innen bei Fridays for Future, die zahlreichen jungen Menschen die gegen Artikel 13 auf die Straße gegangen sind, die sich bei der Seebrücke engagieren oder auch die Youtuber\*innen, die zur Zerstörung der CDU aufgerufen und die SPD als Steigbügelhalterin mitverurteilt haben – sie alle haben klar gemacht: Die junge Generation ist entschieden, jetzt etwas zu verändern.

Die SPD hat die Wahl nicht verloren, weil ihre Wahlplakate so leer waren, dass sich alle und niemand dahinter versammeln konnten. Und auch nicht, weil in ihrem Wahlprogramm nicht genügend vernünftige Forderungen standen. Sie wurde gemessen an den Versäumnissen in der Klimapolitik, dem Raubbau an der Sozialstaatspolitik und den Verschärfungen des Asylrechts in den letzten Jahren. All das hat die SPD mitgetragen, daran wurde sie gemessen.

Die drängendste Aufgabe der SPD ist es daher, den Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu richten und sich eingehend mit den Fragen unserer Zeit auseinanderzusetzen. Erst wenn es ihr gelungen ist, ein politisches Programm zu erarbeiten, das Antworten bietet auf die Fragen nach der Umverteilung der Wohlstandsverhältnisse, auf die Frage nach der Zukunftssicherung auf unserem Planeten oder auf die Frage danach wie alle Menschen am technischen Fortschritt teilhaben können. Dann kann die Sozialdemokratie wieder erfolgreicher werden.

Eure Bundesvorstandsmitglieder aus NRW: Jan Dieren, Almut Großmann und Matthias Glomb

# BERICHT HOCHSCHUL- ZUKUNFTSGESETZ

**A**ls am Anfang des Jahres mit dem schwarz-gelben Kabinettsbeschluss unsere schlimmsten Befürchtungen für die Hochschullandschaft NRW wahr zu werden schienen, war für uns klar, dass es nicht ausreicht, sich nur in der „HoPo-Blase“ über den neoliberalen Ausverkauf unseres emanzipatorischen Bildungsideals aufzuregen. Der Umgang der Landesregierung mit den studentischen Anliegen in den parlamentarischen Beratungen der Gesetzesnovelle bestärkten uns: Wir wollten den Protest hiergegen in die Breite tragen und starteten unsere Kampagne #DEINLETZTESSEMESTERINFREIHEIT. Mit unserer Kampagne wollen wir unter Studis, die sich sonst nur oberflächlich mit hochschulpolitischen Themen befassen, ein Bewusstsein für ihre Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen schaffen. Wir wollen aufzeigen, dass es alle betrifft, wenn den Hochschulen mit der Gesetzesnovelle künftig freigestellt ist, ob sie in ihren Lehrveranstaltungen Anwesenheitspflicht verlangen, wenn mit Studienverlaufsvereinbarungen das Studium überwacht und der Druck im eng gestrickten Studienplan weiter erhöht wird. Denn während die Qualität der Lehre zu häufig zu wünschen übrig lässt, sorgt die Gesetzesnovelle mit obligatorischen Self-Assessments in den überlasteten Hochschulverwaltungen für einen sinn- wie nutzlosen Bürokratieaufwand. Und nicht zuletzt ist der breite Protest gegen das Gesetz eine Frage der Solidarität mit unseren an den Hochschulen beschäftigten Kommiliton\*innen, denn die SHK-Vertretungen wurden von der Ministerin als erstes ins Visier genommen; als „Fremdkörper“ wurden sie im Eckpunktepapier bezeichnet, das Gesetz sieht nun ihre Abschaffung vor, ohne die SHKs in die übliche Personalvertretung zu integrieren. Dabei etablieren sie sich gerade erst als verlässliche Anlaufstelle am Campus für die Anliegen studentischer Beschäftigter.

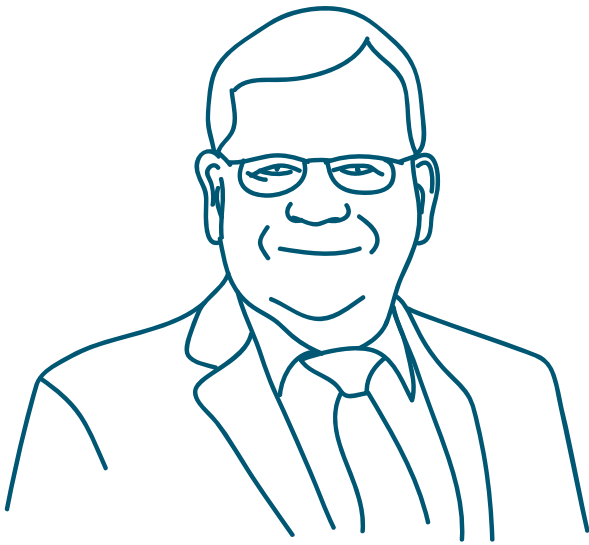
Doch wie tragen wir unseren Widerspruch in die Breite? Ohne unsere Hochschulgruppen vor Ort sind wir bekanntlich nichts. Sie tragen den Kampf gegen das neue Hochschulgesetz vor Ort in die Breite und sind seit Wochen an ihren Hochschulen unterwegs.

Wenn das Gesetz dieses Jahr leider verabschiedet wird, beginnt der Kampf an den Hochschulen jedoch erst. Wo vorher verbindliche Regeln für die Mitbestimmung von Studierenden und den Schutz der Studierenden in ganz NRW gesichert waren, müssen die Vertretungen der einzelnen Studierendenschaft diese Kämpfe nun von neuen Lokal und alleine austragen.

Dabei gilt es nicht nur die Rechte der Studierenden gegen bestimmte Kräfte, innerhalb der Universitäten zu behaupten, auch von Seiten der Christdemokraten und Liberalen an den Hochschulen ist nicht viel Hilfestellung zu erwarten. Ein Beispiel: Die FDP hat auf ihrem Landesparteitag im Frühjahr einen Antrag zur Abschaffung der Verfasstenstudierendenenschaften in NRW beraten und in dann auf den Landesparteirat der FDP überwiesen. Wir müssen uns also darauf einstellen, dass dieses restriktive Hochschulgesetz der schwarz-gelben Landesregierung nur der erste Schritt ist, ein freies und selbstbestimmtes Studium der Employability und der Schwarzen-null zu opfern.

Wir werden weiter kämpfen, im Land und vor Ort, mit unsere „Reise nach Bologna“, ein Parcours, in dem alle Widrigkeiten des Studiums zu bewältigen sind oder dem „Friedhof der Studierendenrechte“ haben wir Aktionsformate, die nicht nur Hingucker sind, sondern auch zum Nachdenken anregen. Und manchmal muss man sich einfach nur mal in der Uni anketten, um zu verbildlichen, was uns mit dem Hochschulgesetz blüht.

#DEINLETZTESSEMESTERINFREIHEIT



Gastbeitrag von:  
**Hans-Jochem Witzke**,  
 Vorsitzender des  
 Deutschen Mieterbundes  
 Nordrhein-Westfalen e.V.

## Bündnis mobilisiert Mieter in NRW: „WIR WOLLEN WOHNEN!“ STOPPT ABBAU VON MIETERRECHTEN

Der Deutsche Mieterbund NRW ist die Dachorganisation von 50 Mietervereinen mit gut 300.000 Mieterhaushalten. Zusammen mit den anderen Landesverbänden bildet er den Deutschen Mieterbund mit Sitz in Berlin.

Auf Initiative des Deutschen Mieterbundes NRW haben sich der Deutsche Gewerkschaftsbund, der VdK, der SoVD, der Paritätische, die AWO, die Diakonie und die Caritas seit Beginn des Jahres zusammengefunden, um ein klares Zeichen gegen die Abschaffung von Mieterrechten zu setzen und für mehr bezahlbaren Wohnungsneubau in NRW zu streiten. Es wurde das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ gegründet und eine groß angelegte Kampagne beschlossen.

Worum geht es? Die rot-grüne Vorgängerregierung hat eine Reihe von Verordnungen erlassen, die dem Schutz von Mieterinnen und Mietern dienen und die über die bundesrechtlichen Regelungen hinausgehen. Im Koalitionsvertrag haben CDU und FDP vor zwei Jahren deren Abschaffung beschlossen. Dagegen wehren wir uns.

Bestandteil der Kampagne sind neben einer Onlinepetition vor allem Aktionen in den Städten in NRW. In den Fußgängerzonen und öffentlichen Plätzen von 13 Städten wurden mit Hilfe der örtlichen Untergliederungen der Bündnispartner Unterschriften gesammelt und öffentlichkeitswirksam für den Mieterschutz mobilisiert. Höhepunkt war im April eine Kundgebung in Köln auf dem Heumarkt mit rund 3.000 Teilnehmern.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung behauptet, den Problemen auf dem Wohnungsmarkt in vielen Städten und Regionen durch Neubau zu begegnen. Tatsächlich wurden 2018 weniger öffentlich geförderte Mietwohnung errichtet als im Jahr zuvor. Statt der erforderlichen 20.000 geförderten Wohnungen sind es 6.159 und damit nochmal 820 weniger als 2017!

Einen ersten Erfolg konnte das Mieterbündnis bereits verzeichnen. So gab die zuständige Ministerin im März bekannt, dass die Kappungsgrenzenverordnung nicht zum 31. Mai 2019 ausläuft, sondern zunächst um ein Jahr verlängert wird.

Dabei allerdings wurde dann gleich getrickst. Nun profitieren nicht mehr wie bisher 59 Städte, sondern nur noch 37. Immerhin stieg deren Einwohnerzahl auf 6,4 Millionen, weil Städte wie Dortmund, Essen und Bochum nicht mehr außenvorgelesen werden konnten. Hätte man die gleiche Rechnung wie vor fünf

Jahren aufgemacht, wären gut 8 Millionen Einwohner potentiell begünstigt. Viele Städte, insbesondere rund um Münster, sind rausgekegelt worden, obwohl sich deren Situation sogar noch verschlechtert hat!

Für den Mieterbund in NRW ist dies eine nur schwer nachzuvollziehende Entscheidung. Die Verkleinerung der Gebietskulisse ist eine rein politische Entscheidung und keine, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen von Mieterinnen und Mietern und an denen der Wohnungssuchenden orientiert. Die Onlinepetition des Bündnisses „Wir wollen wohnen!“ läuft noch bis zum 26. Juni unter folgendem Link: <https://weact.campact.de/petitions/wir-wollen-wohnen>

Die Kappungsgrenzenverordnung NRW begrenzt die Möglichkeit der Mieterhöhung in bestehenden Mietverhältnissen auf 15 Prozent in drei Jahren. Diese VO wäre zum 31. Mai 2019 ausgelaufen.

Würde die MietpreisbegrenzungsVO zum 30.6.2020 auslaufen, gäbe es in ganz NRW keine „Mietpreisbremse“ mehr. Dabei wurde diese in Berlin gerade erst verschärft und anwenderfreundlicher gestaltet. Sie begrenzt die zulässige Miete bei Neuvermietung auf 10 Prozent über dem örtlichen Mietspiegel.

Die UmwandlungsVO und die KündigungssperrfristVO bieten den Mieterinnen und Mietern einen erweiterten Schutz bei und nach der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. (Eigenbedarfskündigung!) Sie enden am 27. März 2020 bzw. am 31. Dezember 2021.

Auch stand und steht das Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG) zur Disposition, das den Kommunen die Möglichkeit gibt, gegen Schrottimmobilen und deren Überbelegung vorzugehen. Auch gibt es in § 10 den Städten das Recht, eine Zweckentfremdungssatzung zu erlassen. Airbnb und die Umwandlung von Mietwohnungen in Arzt- und Anwaltspraxen oder Gewerberäume ist in angespannten Mietmärkten schädlich.



# Was Euch in den nächsten Monaten erwartet:

**24.**  
August,  
Düsseldorf

## Forum „Wandel durch Umverteilung“

Strukturwandel, Klimawandel, Industriestandort NRW: Mit dem Ergebnis der Kohlekommission ist die Deadline für Braunkohle in NRW gesetzt. Aber wie wir den Weg dorthin gestalten wollen, wie wir Beschäftigte sozial absichern können und den Strukturwan-

del im Rheinischen Revier, aber auch nach wie vor im Ruhrgebiet erfolgreich durchführen, das diskutieren wir mit Dir auf dem Forum „Wandel durch Umverteilung“.

**14.-15.**  
September,  
Dortmund

## Verbandswochenende „Schritt für Schritt zum Fortschritt“

Nach dem Aufschlag des Schwerpunkts „Fortschritt“ auf dem Forum im August, vertiefen wir die Frage nach einem gerechten und demokratischen Wirtschaftssystem auf unserem Verbandswochenende in

Dortmund. Wie wird aus technischem Fortschritt sozialer? Wie hängen verschiedene Wirtschaftskreisläufe und Ökosysteme der Welt zusammen? Wie steht es um das Thema Arbeit in einer digitalisierten Welt?

**27.-28.**  
September  
Bochum

## Frauenrhetorikschulung

Frauen, aufgepasst! Kurz vor der Landeskongress haben wir wieder ein ganz besonderes Angebot für Euch: Eine Rhetorikschulung! Zwei Tage lang führt

Euch eine Trainerin in die Kunst des Sprechens ein. Reden kann nämlich erlernt werden. Liebe Frauen, auf geht's zu den Redepulten dieser Welt!

**08.-10.**  
November,  
Xanten

## Grundlagenseminarwochenende

Feminismus, Internationalismus, Sozialismus, Antifaschismus – Das sind die Grundlagen der Jusos. Doch was genau steckt dahinter? Ein ganzes Wochenende lang kannst Du Dir in einem der vier Themen Grund-

lagenwissen aneignen und aktuelle Fragestellungen diskutierten. Danach bist Du sicher fit, falls die Presse mal rausfinden sollte, dass Jusos für JungsozialistInnen steht!

**14.**  
Dezember,  
Düsseldorf

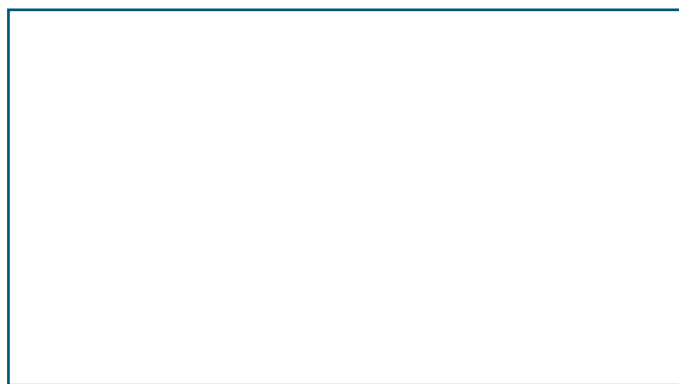
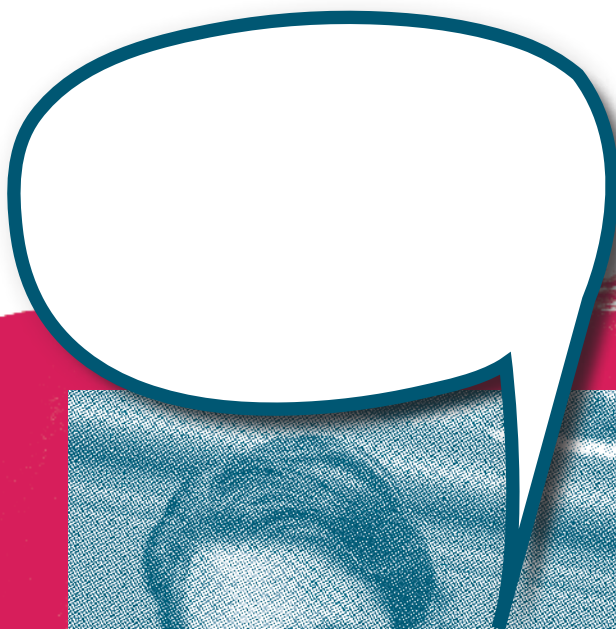
## Forum „Ohne Euch geht's nicht!“

Wo wären wir ohne das Pflegepersonal, ohne die ErzieherInnen, ohne die SozialarbeiterInnen, die tagtäglich Aufgaben im gesellschaftlichen Miteinander übernehmen? Unhaltbar, dass diese häufig unter Bedingungen arbeiten, die wir Jusos nicht hinnehmen können. Und wie steht es um die ganzen Ehrenamtlichen, die Aufgaben dort übernehmen, wo der Staat

versagt? Komm vorbei, bring Deine Ideen ein, wie Du die Zukunft gestalten willst!

„Anmelden könnt ihr Euch wie immer unter  
[www.nrwjusos.de/termine](http://www.nrwjusos.de/termine)“

# MAUT IS OUT!



Einfach die Sprechblasen mit kreativen Antworten ausfüllen und eure Vorschläge entweder unter [nrwjusos.de/aktuelles/raetsel/](http://nrwjusos.de/aktuelles/raetsel/) eingeben oder ein Foto an [magazin@nrwjusos.de](mailto:magazin@nrwjusos.de) senden. Die kreativste Zusendung findet einen Platz in der nächsten Ausgabe von *stadt.land.links* und gewinnt ein Jahresabo der „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw“. Einsendeschluss ist der 15.08.2019. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

GewinnerInnen der letzten Ausgabe: Janine Kunze

## Impressum

Herausgeber:  
Jusos in der SPD  
Landesverband Nordrhein-Westfalen  
Kavalleriestraße 16  
40213 Düsseldorf

Tel. 02 11/1 36 22-325  
Web: [www.nrwjusos.de](http://www.nrwjusos.de)  
eMail: [magazin@nrwjusos.de](mailto:magazin@nrwjusos.de)

V.i.S.d.P.: Lukas Günther  
Grafik: Felicitas Horstschäfer  
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop  
Auflage: 8000  
Erscheint einmal im Quartal

